

gegründet vom Dienst:  
800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
sonstige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Medieninthaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,  
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Dienstag, 23. Juni 1987**

**Blatt 1337**

**Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:**

**Kommunal/Lokal:**

- Wiener Stadtschulrat bietet Hilfe bei schlechten Noten (1339)
- Gasexplosion in einem Friseurgeschäft (1340)
- Wiener Gemeinderat (1341-1352)
- Wien-Tourismus im Mai deutlich stärker (1353)
- Lkw fuhr in „18 A“ (nur FS)

**Bezirke:**

- Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt (1338)
- Sitzungen der Bezirksvertretungen Rudolfsheim-Fünfhaus und Ottakring (1338)

### **Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt**

Wien, 23.6. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt findet am Donnerstag, dem 25. Juni, um 15 Uhr, im Amtshaus 22, Schrödingerplatz 1, 1. Stock, Zimmer 104 statt. Auf der Tagesordnung steht die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen Groß-Enzersdorfer-Straße und Pilotengasse sowie der Entwurf einer Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen. (Schluß) smo/bs

### **Sitzungen der Bezirksvertretungen Rudolfshelm-Fünfhaus und Ottakring**

Wien, 23.6. (RK-BEZIRKE) Am Donnerstag, dem 25. Juni, findet um 16 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfshelm-Fünfhaus statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. der Entwurf einer Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, Personelles sowie ein Flächenwidmungsplan.

Die Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring findet ebenfalls am 25. Juni um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 16, Richard-Wagner-Platz 19, statt. (Schluß) du/rr

## **Wiener Stadtschulrat bietet Hilfe bei schlechten Noten**

### **Zilk-Aufruf an Eltern und Kinder zum Schulschluß**

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Angesichts des bevorstehenden Schulschlusses appelliert Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Eigenschaft als Präsident des Wiener Stadtschulrates an Eltern und Schüler, sich von schlechten Noten nicht zu Kurzschlußreaktionen verleiten zu lassen. Ein „Nicht genügend“ sei kein Grund zur Resignation und dürfe keine familiäre Katastrophe auslösen, da es kein Werturteil über einen Menschen darstelle, betonte Zilk. Vielmehr sei es wichtig, die Ursachen für ein schulisches Versagen im Gespräch herauszuarbeiten. Zilk erinnert in diesem Zusammenhang an die breite Palette von Beratungs- und Informationsmöglichkeiten im Rahmen des Wiener Stadtschulrates:

- Gezielte Vorbereitung zur Wiederholungsprüfung
- Gespräche mit den Lehrern und den Mitarbeitern der Schulservicestelle des Wiener Stadtschulrates (93 46 16/222)

Der Schulpsychologische Dienst bietet:

- therapeutische Hilfestellung bei persönlichen Schwierigkeiten
- Beratung bei der Erarbeitung geeigneter Lerntechniken
- Beratung bei entwicklungsbedingten Schwierigkeiten.

Zur Krisenintervention stehen die Schulpsychologischen Beratungsstellen (43 15 61/331 oder 315) jederzeit zur Verfügung. Am Tag der Zeugnisverteilung sind die Beratungsstellen von 7.30 bis 18 Uhr geöffnet. Diese Dienste können auch während der Ferien in Anspruch genommen werden. (Schluß) chr/rr

## Gasexplosion in einem Friseurgeschäft

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Dienstag vormittag war es in einem Friseurgeschäft in der Leopoldstadt, Taborstraße 44, zu einer Gasexplosion gekommen. Dadurch entstand im Friseurgeschäft ein Totalschaden. In den angrenzenden Geschäftslokalen war durch umgestürzte Zwischenwände erheblicher Sachschaden zu beklagen. Die Ursache ist noch nicht genau geklärt, vermutlich trägt ein Arbeiter die Schuld, der während Wartungsarbeiten an der Gasanlage eine Zigarette geraucht hat. Wie sich entgegen ersten Meldungen herausgestellt hat, sind acht, zum Teil schwerverletzte Personen zu beklagen: Natascha LINDNER, 21 Jahre, 11, Pretschgasse 21 (Verbrennungen I. und II. Grades Hand und Gesicht, AKH, I. Hautklinik), Gertrude WEISS, 38 Jahre, 2, Schiffamtsgasse 17 (Verbrennungen II. Grades, AKH), Claudia NIEDERHOFER, 21 Jahre, 2, Rotenkreuzgasse 5 (Verbrennungen I. und II. Grades an Händen und Fußgelenk, Wilhelminenspital), Ekrem EYUEPOGLU, 28 Jahre, 20, Rauscherstraße 8 (Verbrennungen am ganzen Körper II. und III. Grades, AKH), Peter WEISS, 45 Jahre, 2, Schiffamtsgasse 17 (Rippenprellung links, I. Unfallstation), Gerda JARIC, 81 Jahre, 2, Taborstraße 46 (Verbrennungen am Schenkel und Ellenbogen, Lorenz-Böhler-Unfallkrankenhaus), Herta PAZELT, 65 Jahre, 2, Obere Augartenstraße 70 (Verbrennungen am Rücken und im Gesicht, AKH). Außerdem wurde Maria STRNAD, näheres unbekannt, ins Lorenz-Böhler-Krankenhaus gebracht. (Schluß) ull/gg

## Wiener Gemeinderat

### Wohnbau und Stadterneuerung

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die Montag abend unterbrochene Rechnungsabschlußdebatte des Wiener Gemeinderates wurde am Dienstag unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) mit dem Sachbereich „Wohnbau und Stadterneuerung“ fortgesetzt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die Tätigkeit des Stadterneuerungsfonds, bezeichnete ihn als „Pfründebereitstellungsfonds“ und sprach von mangelnder Effizienz. Die Tätigkeit des Fonds könnte im Rahmen der Stadtverwaltung mindestens gleich gut erfüllt werden und wäre außerdem billiger. In einem ANTRAG verlangte Pawkowicz, der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds solle zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Zielplan und am Ende dieses Geschäftsjahres einen Geschäftsbericht zur Genehmigung vorlegen.

Ein weiterer Kritikpunkt von Pawkowicz war der städtische Wohnbau, dessen Qualität unter der zu breiten Streuung der Verantwortungen leide. Im Rahmen der Baubetreuung würden Genossenschaften bloß Geld kosten, aber nichts bringen. Planung und Ausschreibung von städtischen Wohnbauten sollten in eine Hand zusammengelegt werden, nach der öffentlichen Ausschreibung sollten die Aufträge an das Baugewerbe direkt vergeben werden, und, so Pawkowicz in einem ANTRAG, die Bauaufsicht sollte beedeten Ziviltechnikern übertragen werden. Hinsichtlich der Wohnungsvergabe verlangte Pawkowicz in einem weiteren ANTRAG, daß die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen sowie die Wartezeit punktemäßig zu bewerten und EDV-mäßig zu erfassen seien, wobei zusätzliche Punkte nur durch den zuständigen Gemeinderatsausschuß vergeben werden könnten.

Der vierte ANTRAG von GR. Pawkowicz betraf die Wohnhäuserverwaltung. Er sieht vor, daß sich Gemeindewohnungsmieter im Rahmen der Mitbestimmung ihren Hausverwalter auch selbst aussuchen können, wobei die Auswahl aus dem Angebot interessierter Hausverwaltungen getroffen werden soll, die sich an einer öffentlichen Ausschreibung für diese Aufgabe beteiligt haben. Abschließend vertrat Pawkowicz die Ansicht, Gemeindemieter sollten ihre Wohnungen auch erwerben können.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte, daß es gerade im städtischen Wohnhausbau aufgrund mangelnder Kontrolle zahlreiche Schäden gebe. Als Beispiel nannte Fuchs die Wohnhausanlage Neilreichgasse, wo sechs Jahre nach der Errichtung bereits Sanierungskosten in der Höhe bis zu 80 Millionen Schilling aufgelaufen seien. Trotzdem gebe es nach wie vor kein Sanierungskonzept für diese Anlage. Im Bereich der Stadterneuerung stehe der Erfolg in keinem Verhältnis zum Aufwand des dafür eingesetzten Instrumentariums, sagte Fuchs. Zur Frage der Fernheizung sagte der Redner, dieser müsse Vorrang eingeräumt werden, allerdings, ohne Zwangsmaßnahmen für die Mieter zu setzen. Fuchs stellte diesbezüglich einen ANTRAG, die betroffenen Mieter umfangreich und detailliert über Funktion und Kosten der Fernheizung zu informieren. Schließlich forderte Fuchs die verstärkte Mitbestimmung der Mieter in den städtischen Wohnhäusern. Diese sei nicht gegeben, die Zwangsmitgliedschaft in der SPÖ-nahen Mietervereinigung diene eher Parteizwecken als den Mietern.

Er wolle durch die Aufzählung von Akten Halbwahrheiten richtigstellen beziehungsweise Unterstellungen entkräften, die in der Diskussion vorgebracht wurden, erklärte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ). Für den Wohn- und Stadterneuerungsbereich scheinen im Rechnungsabschluß Ausgaben von 14,12 Milliarden Schilling auf, das sind 18 Prozent der Gesamtausgaben. Daß auch im kommunalen Wohnbau in den vergangenen 20 Jahren Fehler passiert sind, sei unbestritten. Nicht zuletzt durch junge Technolo-

gien und neu eingesetzte Materialien kam es zu nicht vorhersehbaren Mängeln, die jetzt saniert werden müssen. Es wäre aber zu billig, die Schuld allein der Stadtverwaltung zuschieben zu wollen, vielmehr bestehe auch die Verpflichtung zur Eigenkontrolle der bauausführenden Firmen.

Die Mängelfeststellung sowie Sanierungsvorschläge werden gemeinsam mit den Mietern, Architekten, Zivilingenieuren und Gutachtern erarbeitet und besprochen, wobei es durch diese Mängelbehebung zu keiner Belastung der Mieter kommen dürfe. Diese Vorgangsweise soll sicherstellen, daß die Bauüberwachung besser als in der Vergangenheit funktioniert. In diesem Zusammenhang sollte die Praxis, daß der Billigstbieter als Bestbieter gilt, überlegt werden. In all diesen Entscheidungen müsse die Transparenz der Vorgänge Priorität haben, erklärte der Abgeordnete.

Während der vergangenen Landtagssitzung brachte die SPÖ einen Antrag ein, durch den den Gemeindemietern ein umfassendes Mitspracherecht an der Wohnhäuserverwaltung eingeräumt werden soll. Die ÖVP habe diesen Antrag abgelehnt, obwohl sie diese Forderung permanent erhebt. Damit lehne sie die Stellung der Mieter als gleichberechtigte Partner der Stadtverwaltung ab. Die ÖVP sehe allein im Verkauf der Wohnungen die beste Mietermitbestimmung. Diesem Ausverkauf des kommunalen Wohnbaues könne aus Gründen der sozialen Verantwortlichkeit unter keinen Umständen zugestimmt werden.

Die Verunglimpfung von bauausführenden Firmen weise er auf das Schärfste zurück, betonte StR. NEUSSER (ÖVP), ebenso die Behauptung, daß die ÖVP Firmen in ihrem Besitz hätte. Eine der Ursachen der Baumängel im kommunalen Wohnbau seien die Ausschreibungsmodalitäten, die eine sorgfältige Ausarbeitung des Anbots durch zu kurze Fristen verhindere. Unter der Voraussetzung, daß der Billigstbieter für den Magistrat auch als Bestbieter gelte, sei eine sorgfältige Bauausführung nicht immer zu erwarten, sagte Neusser. Die ÖVP fordere deshalb neue Wege zu einer unabhängigen Kontrolle im Bereich der Ausschreibung und der Auftragsvergabe.

Die Wiener SPÖ, rief GR. Rosa HEINZ (SPÖ) in Erinnerung, habe bereits 1923 ein kommunales Wohnbauprogramm, das die Schaffung von 25.000 Wohnungen in fünf Jahren umfaßte, beschlossen. Der kommunale Wohnbau sei eine Großleistung, welche die Lebensqualität zahlreicher Menschen positiv beeinflusst habe. Der kommunale Wohnbau müsse, wenn auch in beschränktem Ausmaß, weitergeführt werden, schon allein deshalb, weil es auf dem privatem Wohnungssektor noch rund 80.000 Substandardwohnungen in Wien gebe. Weitere große Aufgaben seien im Bereich der Wohnraumversorgung für Behinderte und der Integration alter Menschen, zum Beispiel durch Aufzugseinbauten in Wohnhäusern, sowie bei der Mietermitbestimmung, bei der Erleichterung im Falle eines Wohnungstausches und der Schaffung von Selbsthilfwohnungen für sozial Benachteiligte zu sehen. Verbesserungen habe man bei Delogierungsfällen erreicht, indem alte Mietrückstände bei zuverlässiger Bezahlung neuer Mieten erlassen wurden. Zur Privatisierung im kommunalen Wohnbau sagte Heinz, dies hieße den sozialen Aspekt zu vernachlässigen, dem Spekulantentum Vorschub zu leisten und nicht administrierbare Verhältnisse zu schaffen.

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) stellte fest, daß die Sanierung der städtischen Wohnhäuser im Rechnungsabschluß nicht ausgewiesen sei. Teure Wohnungen seien nicht qualitativ, Luxuswohnungen zeigen Baumängel, und umfangreiche Mängelerhebungen seien erforderlich. Es sei daher festzustellen, wo die Ursachen für diese Baumängel liegen und wer verantwortlich ist. Hotter brachte einen ANTRAG ein, mit dem eine Erhebung der Baumängel, ein Sanierungskonzept sowie Konsequenzen daraus gefordert werden. Desinformation, fehlende Koordination und mangelnde Kontrolle müßten verhindert werden. Darüber hinaus müsse für die Vergabe

Forts. von Blatt 1341

Forts. auf Blatt 1343

leerstehender Wohnungen und für durchschaubare Abrechnungen gesorgt werden, wofür Hotter den Weg der „dezentralen Privatisierung“ vorschlug.

StR. EDLINGER (SPÖ) unterstrich die Bedeutung der Wohnungspolitik in der Gesellschaftspolitik, die vor allem die sozial Bedürftigen berücksichtigen müsse. Der hohe Anteil des kommunalen Wohnbaues mache es möglich, in dieser Stadt soziale Wohnbaupolitik zu betreiben. Wenn man sich dazu bekenne, der Stadterneuerung den Vorrang vor der Stadterweiterung einzuräumen, müsse man sich dennoch auch dazu entschließen, neben der Erneuerung bestehender Substanz neue Wohnungen außerhalb des derzeit bebauten Stadtbereiches zu errichten, um einer weiteren Schrumpfung der Wohnbevölkerung entgegenzuwirken, die Attraktivität des Wirtschaftsraumes zu erhalten und Wien für Zuwanderer einladend zu machen.

Was den Vorwurf betrifft, die in der Regierungserklärung des Bürgermeisters angekündigte Zahl von 1000 Totalsanierungen sei bei weitem nicht eingehalten worden, erläuterte der Wohnbaustadtrat, daß die negativen Erfahrungen (Spekulant) mit den Totalsanierungen dazu geführt haben, diese Absicht zu revidieren, weil sie als sozial unrichtig erkannt wurde. Hingegen wurde die vorgesehene Zahl von Neubauten und Erneuerungen bei weitem übertroffen. Kritik an ungenützten Rücklagen für die Wohnbauförderung trat Edlinger mit dem Hinweis entgegen, daß derzeit oft zugesicherte Mittel lange Zeit nicht in Anspruch genommen würden. Durch das Setzen entsprechender Fristen werde in Hinkunft eine kontinuierliche Mittelvergabe sichergestellt werden. Sollten andere Wohnbauträger die Mittel nicht fristgerecht in Anspruch nehmen, würden sie vom kommunalen Wohnbau genützt. Abgesehen davon übersteigen bereits jetzt die Zusagen die zurückgelegten Mittel. Im übrigen müsse damit gerechnet werden, daß es in zwei Jahren zu einem Finanzierungsengpaß kommen werde, und derzeit ließen sich auch noch keine Aussagen darüber treffen, wie die Wohnbauförderung des Bundes in Hinkunft gestaltet sein werde. Die Einladung der ÖVP zu einer zweiten Stadterneuerungsoffensive wertete Edlinger als Anerkennung dafür, daß eine erste Offensive erfolgreich läuft. Er verwies darauf, daß die Realisierungszeiten für die Erledigung von Anträgen deutlich verkürzt wurden und Verzögerungen häufig durch die Förderungswerber selbst verursacht werden. Unzufrieden zeigte sich Edlinger hinsichtlich der geltenden Regelung bei Ausschreibungen, die dem Billigstbieter den Vorzug gebe. Er zeigte sich interessiert an einer gemeinsamen Änderung der Ausschreibungskriterien. Zur Übertragung von Gemeindewohnungen ins Eigentum merkte Edlinger an, daß nach den Vorschlägen der ÖVP öffentliches Eigentum um wenig Geld verschleudert würde. In Großbritannien habe sich nach der Umsetzung dieser Forderung Obdachlosigkeit und Ausbreitung des Untermietwesens verbreitet.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sagte, es gebe im Bereich der Wohnbaupolitik durchaus eine Reihe von positiven sachpolitischen Ansätzen von StR. Edlinger. Diese dürften nun nicht der Parteipolitik geopfert werden. Der Wille zur Mietermitbestimmung, zur Verwaltung in kleineren Einheiten, das Umdenken in Planungs-, Grün- und Wohnungsfragen seien hier zu nennen. Vielleicht werde es dieses Umdenken seitens der SPÖ in einigen Jahren auch bei der Privatisierung von Wohnungen geben, die aufgrund ihrer Struktur ohnedies nicht mehr als Sozialwohnungen bezeichnet werden könnten. Generell kritisierte Petrik die Trennung des Ressorts Planung und Wohnen. Er hoffe, daß dadurch nicht auch die Priorität der Stadterneuerung vor der Stadterweiterung in Frage gestellt sei. Zur Frage der aufgelaufenen Rücklagen sagte Petrik, daß hier das Grundproblem die Zurverfügungstellung von Baugrund sei, was auch für den Stadterneuerungsfonds zutrefte. Bei diesem liege es jedoch auch an der langsamen, durch

Forts. von Blatt 1342

Forts. auf Blatt 1344

bürokratische Hürden bedingten, Durchführung von Sanierungen, daß die Maßnahmen nicht so gegriffen haben wie gewünscht. Eine sinnvolle Entwicklung sei hier noch nicht abzusehen. In der Frage der Mietermitbestimmung könne man nicht mit billiger Polemik agieren. Tatsache sei, daß die Gemeindebaummieter automatisch Mitglieder der SPÖ-nahen Mietervereinigung seien, und über den Mietzins auch der Mitgliedsbeitrag entrichtet werde.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) sagte, daß die SPÖ die Privatisierung von Gemeindewohnungen ablehne, weil dies zutiefst unsozial wäre. Sollte dem Wunsch der ÖVP nachgegeben werden, hieße dies die Schaffung von zwei verschiedenen Bewohnerkategorien. Weiters stellte der Abgeordnete fest, daß die Mietervereinigung im Rahmen der Mietermitbestimmung niemals einen Alleinvertretungsanspruch geltend gemacht habe. Er habe sich immer dafür eingesetzt, im Bereich des Wohnbaues und der Stadterneuerung mit der ÖVP zusammenzuarbeiten, weil ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. Es reiße ihm jedoch die Geduld, wenn sein Vorredner als Vizepräsident des Stadterneuerungsfonds ständig die Doppelstrategie verfolge, intern zwar mitzudiskutieren und mitzuarbeiten, aber nach außen hin nichts als Schuldzuweisungen an die SPÖ zu betreiben, schloß Swoboda.

StR. Edlinger bedauerte in einer zweiten Wortmeldung, daß die ÖVP erst so spät und nicht zuerst im Gemeinderat ihre Standpunkte zur Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik vorgebracht habe. Er vertrete die Überzeugung, daß Wohnungspolitik mit einem Maximum an Kenntnissen und nach klaren Grundsätzen orientiert gemacht werden soll. Für ihn habe die Hilfe für den sozial Schwachen Priorität, sagte Edlinger. Er lehne die Eigentumsübertragung von Gemeindewohnungen deshalb ab, weil sie unsozial sei. Er stelle darüberhinaus eine Angst der ÖVP vor einer Weiterentwicklung oder Föderalisierung von Mietrechtsbestimmungen, die ein Mehr an Mietermitbestimmung bedeuten, fest. Das Mietermitbestimmungsstatut für die Wiener Gemeindebauten sieht vor allem die freie und demokratische Wahl von Vertrauenspersonen vor. Dies liege sowohl im Interesse der Mieter wie auch einer funktionierenden Verwaltung. Jeder, der bei der Bewältigung der Probleme konstruktiv mithelfe, sei ihm willkommen, schloß Edlinger.

### **Planung und Stadtentwicklung**

Das Fehlen langfristiger Planungen und konkreter Zielvorstellungen kritisierte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung. So scheine ihm die Stadtplanung etwas außer Tritt geraten und eine Fülle von Projekten nur „Seifenblasen“ zu sein. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs habe man die U-Bahn zum Beispiel am Südbahnhof vorbeigeplant, das Konzept „Bahn 2000“ verspreche nun, da die U 3 sich dem Westbahnhof nähere, eine Verlegung dieses Bahnhofes. Ebenso ungeklärt sei die Frage des Zentralbahnhofes und seines Standortes, sagte Pawkowicz.

Ein Paradebeispiel für die Vermengung von Politik, Geschäft und Kunst sei die Baulücke des Haas-Hauses, die nun, vermutlich mit Hilfe einer Änderung der Bauordnung, durch eine „solitäre“ Konstruktion Architekt Holleins gefüllt werden solle. Man habe mit dem Abbruch des Haas-Hauses ein großangelegtes Spekulationsgeschäft zugunsten der Zentralsparkasse gefördert und mit einer Änderung der Flächenwidmung den Baugrund um 40 Prozent bzw. 280 Quadratmeter erweitert, was eine weitere Wertsteigerung des Grundstücks bedeute.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) beleuchtete kritisch die Stellung der Stadtentwicklungskommission, deren Aufgabe die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes und die Beurteilung aller relevanten Projekte ist. Sie nehme Berichte zur Kenntnis oder auch nicht, die Entscheidungen über

---

Forts. von Blatt 1343

---

Forts. auf Blatt 1345

wichtige Vorhaben fielen jedoch anderswo. Das betreffe beispielsweise die Zukunft des Europaplatzes, über den ein politisches Gremium der SPÖ (Amtratsrat) unbefriedigend entschieden habe: Die nun ins Auge gefaßte Variante würde lange Aufgrabungszeiten bescheren, ohne ein zukunftsweisendes Projekt jedoch zu verwirklichen. Unbefriedigend sei auch die Entscheidungsfindung beim Zentralbahnhof — auch hier seien noch viele wichtige Details ungeklärt. Was die Ostregion Österreichs betreffe, sei es wichtig, die Planungsgemeinschaft Ost aufzuwerten. Sinnvoll könnte es vielleicht sein, ein Drei-Länder-Parlament ins Leben zu rufen, in dem die drei Landtage von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland nach der politischen Zusammensetzung vertreten sein könnten. Dies könnte die Demonstration einer Zusammenarbeit innerhalb der Ost-Region sein.

GR. FAYMANN (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Planungsarbeit und im besonderen des Wettbewerbes „Chancen für den Donaauraum“ für die Zukunft Wiens und die Verbesserung der Lebensqualität der Stadt hin. Faymann betonte die interdisziplinäre Durchführung des Wettbewerbes und die Möglichkeit, damit verschiedene Zielgruppen anzusprechen und die Bevölkerung in den Planungsablauf einzubeziehen. Der Wettbewerb lasse sich nicht auf die Frage des Kraftwerkes reduzieren, sondern er biete — und das habe bereits die erste Phase gezeigt — die Chance visionärer Planungen in städtebaulicher und ökologischer Hinsicht. Grünraumgestaltung, die Fragen der neuen Bahn, Wohnbau und Sportstätten seien in dieser Konzeption als komplexes Ganzes zu sehen. Nach dem Abschluß der ersten Phase, die neben den Vorschlägen der Fachleute Beiträge von 4.000 Wienerinnen und Wienern gebracht hat, seien die Aussichten für die weitere Entwicklung des Wettbewerbes sehr gut. Bezüglich des Donaukraftwerkes Wien sagte Faymann, daß hier alle Unterlagen geprüft, alle Fragen erörtert und alle Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden sollten und dann die Entscheidung, ob und wann gebaut werden soll, gemeinsam mit der Wiener Bevölkerung getroffen werden sollte. Faymann wies schließlich noch auf die Versuche mit Tempo 30 in verschiedenen Wohngebieten und den weiteren Ausbau der Radwege hin.

GR. ZIGMUND (ÖVP) nahm zur Bezirksentwicklungsplanung am Beispiel Ottakring Stellung. Er habe diesen Bezirksentwicklungsplan im Ausschuß nicht in erster Linie deshalb abgelehnt, weil er mit dem Inhalt und der Planung nicht einverstanden sei, sondern aus Kostengründen. Für die nun vorliegende zweite Fassung wurden Ausgaben von 1,55 Millionen Schilling genehmigt. Durch die Bezirksentwicklungsplanung sollten vor allem eine Dezentralisierung und die aktive Mitarbeit der Bürger sichergestellt und Visionen als Ausdruck des politischen Willens entwickelt werden.

Der Bezirksentwicklungsplan Ottakring enthalte allerdings verschiedene Mängel: Er gibt keine Antwort auf Fragen der Finanzierung, es fehlen langfristige politische Perspektiven, die Schließung des Grüngürtels wird nicht erreicht, es fehlen Lösungen für die Neugestaltung der Westeinfahrt sowie für andere wichtige Verkehrsfragen. Bei Planungsausgaben von über 1,5 Millionen Schilling dürften diese wichtigen Details nicht fehlen, schloß Zigmund.

GR. OBLASSER (SPÖ) merkte an, daß für die Erstellung der Bezirksentwicklungspläne die weitestgehende Erfassung aller offenen Probleme Voraussetzung ist. Erst dann könne man an die Verwirklichung von Vorhaben gehen. Die ÖVP berufe sich wohl jetzt immer wieder auf Stadtentwicklungsplan und Verkehrskonzeption, doch als beide zur Beschlußfassung vorlagen, habe die ÖVP dagegen gestimmt und die Möglichkeit zur Mitarbeit nicht genutzt.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) würdigte die Bemühungen der MA 19 — Stadtgestaltung um zeitgemäße Architektur, die sich in das Stadtbild einfügt. Bei den Maßnahmen für den Gürtel sowie die Süd- und die Westeinfahrt gehe es darum, die Lebensqualität zu heben und die Voraussetzun-

Forts. von Blatt 1344

Forts. auf Blatt 1346

gen für eine Erneuerung zu schaffen. Die Gürtelkommission werde bis zum Ende des heurigen Jahres ihre Vorschläge unterbreiten, die Bezirke arbeiten an diesen Vorschlägen mit. Wesentlich ist, daß die Möglichkeiten des Machbaren beachtet werden und daß gleichzeitig die Verwirklichung von Projekten für einen überschaubaren Zeitraum offengehalten wird. Große Bedeutung besitze auch die Schaffung von Park-and-Ride-Standorten, für deren Errichtung sich Wien nicht nur im eigenen Stadtgebiet starkmachen solle, sondern auch intensive Verhandlungen mit Niederösterreich zu führen habe, wo ebenfalls Park-and-Ride-Standorte — im Bereich von Bahnhöfen — zu errichten wären.

Im Bauloch des Haas-Hauses stecke das Geld zahlreicher Sparer der Zentralsparkasse und Versicherungsnehmer der Wiener Städtischen Versicherung, sagte GR. NEUMANN (ÖVP). Abgesehen von dem Schaden, der dem Wiener Fremdenverkehr aus diesem überstürzten Abbruch entstanden sei, seien die Ereignisse um das Hollein-Projekt ein Beispiel für die Vorgangsweise der Rathaus-Mehrheit gegen die Interessen der Bürger und Geschäftsleute des 1. Bezirkes. Ein weiteres Beispiel sei die Gestaltung des Albertina-Platzes, zu der die ÖVP die Ausschreibung eines Wettbewerbes für gärtnerische Gestaltung fordere. Auch die Parkplatzpolitik in der Inneren Stadt sei verfehlt, das „Parkplatz-Pickerl“ für die Bevölkerung werde von der SPÖ vehement abgelehnt. Ein weiterer Wunsch der Menschen des 1. Bezirkes, nämlich das Verbot von Reisebussen innerhalb des Ringes, scheitere am politischen Widerstand im Rathaus.

GR. GLÜCK (ÖVP) stellte fest, daß die Wiener Kleingartenpächter für die Erhaltung des 6,8 Millionen Quadratmeter umfassenden öffentlichen Grünraumes sehr viel Pacht bezahlen müssen. 312.000 Obstbäume, 200.000 Beeresträucher und 53.000 Nadelbäume bilden einen wesentlichen Bestandteil des öffentlichen Grüns. Die ÖVP sei stets für die Erhaltung der Kleingärten eingetreten. Darüber hinaus strebe sie eine objektive und soziale Vergabe, eine Geringhaltung der Kosten sowie ein Vermeiden unsozialer Absiedlungen von Kleingärtnern an. Den Ankündigungen der SPÖ über die Kleingartenaktion 2000 stehe die ÖVP skeptisch gegenüber, schloß Glück.

StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) nahm zu den von seinen Vorrednern aufgeworfenen Fragen Stellung. Zur Feststellung, die U-Bahn führe in Wien an den Bahnhöfen vorbei, sagte Hofmann, daß der Südbahnhof bereits durch einen Zugang mit der U 1 verbunden ist. Einen zentralen Fernbahnhof könne er sich — ebenfalls wegen U- und S-Bahn-Anbindung — am Südtiroler Platz vorstellen. In der Frage der Gestaltung des Europaplatzes gebe es noch keine definitive Entscheidung der Gürtelkommission, aufgrund des derzeitigen Entscheidungsstandes sei jedoch kein Tunnel zu erwarten. Eine Flötzersteig-Schnellstraße wird es nicht geben, eine Weiterführung der jetzigen Flötzersteig-Straße sei jedoch wünschenswert. Zum Haas-Haus gebe es durchaus auch positive Stimmen aus dem konservativen Lager und aus dem 1. Bezirk. Laut einem Gutachten von Prof. Winkler könnten sich die von der ÖVP geforderten Grünen Zonen als verfassungswidrig erweisen. Zur Kleingartenplanung sagte Hofmann, daß eine breite Palette von Kleingartensiedlungen bis hin zur Gartensiedlung und damit zum Wohnen im Grünen sinnvoll sei. Zu vor einiger Zeit geäußerten Vorwürfen, es sei in Wien bei der Errichtung von Ampelanlagen zu Uregelmäßigkeiten gekommen, betonte Hofmann, daß sich diese Vorwürfe als falsch erwiesen haben. Schließlich nahm Hofmann auf die bevorstehenden Entscheidungen im Bereich Gürtel Bezug und sagte, daß die entsprechenden Planungen auch mit den budgetären Realisierungsmöglichkeiten in Einklang stehen müßten. Abschließend dankte er allen Bediensteten seines Bereiches für ihre Arbeit.

Forts. von Blatt 1345

Forts. auf Blatt 1347

### Gesundheits- und Spitalswesen

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies auf die vor drei Wochen in einer österreichischen Wochenzeitung aufgedeckte Protektion von Jungärzten in verschiedenen Wiener Spitälern. In diesem Artikel wurde zwar bestätigt, daß die Einstellung von Turnusärzten in gemeindeeigenen Spitälern relativ gut nach dem Wartelistensystem funktioniere, die Situation an den Universitätskliniken und im Hanusch-Krankenhaus jedoch zu wünschen übrig lasse. Hirnschall forderte die Stadtverwaltung auf, darauf Einfluß zu nehmen, daß auch in diesen Spitälern das Wartelistensystem eingeführt werde.

Es gebe noch eine Reihe von Einsatzmöglichkeiten für ausgebildete Ärzte in Wien. Die langen Wartezeiten in den Spitalsambulanzen und dieschwierige Situation, am Wochenende einen dringenden Hausbesuch zu erreichen, sprechen für sich. Auch seien die Probleme des ärztlichen Notdienstes während der Nacht wie an Sonn- und Feiertagen noch immer nicht gelöst. Eine Neuorganisation dieser Einrichtung sei dringend notwendig, wobei es auch denkbar sei, daß niedergelassene Ärzte verstärkt in den ärztlichen Notdienst einbezogen werden. Im Sinne einer verbesserten Hauskrankenpflege sei ein dichteres Netz der ärztlichen Versorgung wünschenswert. Hirnschall verwies auch auf seine bereits vorgebrachte Forderung, einen Teil des Turnusdienstes in die ärztlichen Praxen zu verlegen.

In Zusammenhang mit der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung wies Hirnschall auf die Schwierigkeiten hin, die vor allem im Spitalsbereich auftreten werden. Das Fehlen von Arbeitskräften mache es jetzt schon notwendig, daß erhebliche Überstundenleistungen erbracht werden müssen. Diese Situation wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Es wäre deshalb vernünftig, daß Jungärzte, die auf einen Turnusplatz warten, verstärkt in den Pflegedienst miteinbezogen werden.

GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) kritisierte den Spitalszielplan als für die Praxis unbrauchbar und bedauerte die Auswirkungen einer extrem zentralen und autoritären Führung im Gesundheitsbereich der Stadt Wien. So habe sich die MA 17 eine „bürokratische Selbstfesselung“ auferlegt, die sie weit vom Ort der Handlung in den Spitälern entferne.

Es sei nichts für eine Verbesserung der Situation der niedergelassenen Ärzte, die immer mehr von Spitalsambulanzen konkurrenziert würden, getan worden, sagte Wagner. Eine Aufwertung der niedergelassenen Ärzte sei im wichtigen Bereich Vorsorgemedizin unterblieben, statt dessen habe man teure Aktionen initiiert, die von der Bevölkerung nur zögernd in Anspruch genommen würden. Zur Ärzteausbildung erklärte Wagner, daß die Situation sich verschärfe. Habe es 1984 646 arbeitslose Jungärzte gegeben, so seien es derzeit rund 2.400, die auf einen Turnusplatz warten. Zum Einsatz von Jungärzten in der Krankenpflege regte Wagner eine Pflegeausbildung an. Erfolglos sei der Zielplan auch bei einer Verbesserung der Organisation in den Spitälern, bei mehr Autonomie und einer entscheidungsorientierten Betriebsführung und bei der Verbesserung der medizinischen Struktur gewesen. Es sei nicht gelungen, die Wiener Spitäler an modernen Therapie- und Diagnosemöglichkeiten anzupassen, im betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bereich habe ein „unorganisierter Wildwuchs“ Platz gegriffen. Das Krankenpflegepersonal leide nach wie vor unter bürokratischen Hemmnissen und einer nachteiligen Arbeitszeitregelung, dazu komme, daß zahlreiche medizinische Geräte aufgrund der Arbeitseinteilung der Ärzte nachmittags ungenutzt bleiben. Nach wie vor sei auch das Problem der Pflegebetten ungelöst. Derzeit seien drei Prozent der Wiener Akutbetten mit Pflegefällen belegt, auf internen Abteilungen betrage dieser Prozentsatz 20 Prozent.

Forts. von Blatt 1346

Forts. auf Blatt 1348

GR. PFANNENSTIEL (SPÖ) zeigte sich überzeugt davon, daß die Stadt Wien eine bestmögliche Versorgung im Krankenhaus- und Pflegesektor gewährleistet. Die Magistratsabteilung 17 und ihre Beschäftigten haben 1986 in den 17 Krankenanstalten, zwei Psychiatrischen Krankenhäusern und sechs Pflegeheimen täglich mehr als 15.000 Menschen medizinisch betreut, davon viele Nichtwiener Patienten. Das Jahr 1986 stand außerdem im Zeichen einer intensiven Fortführung von Umstrukturierungsmaßnahmen. Zwei Pavillons des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe wurden in Pflegeheime umgewidmet. Die Fortsetzung der Psychiatriereform fand in einer Verringerung der Zahl der stationären Patienten ihren Ausdruck. Die Bauarbeiten am Sozialmedizinischen Zentrum Ost und am Neuen AKH schreiten termingerecht voran. Beträchtlichen Kostensteigerungen stehen im Krankenhauswesen auch beträchtliche Leistungsverbesserungen gegenüber, wie etwa neue Methoden der Krankenversorgung, intensive Forschungsbemühungen und eine vorbildliche Ausbildung. Wien beschäftigt überdurchschnittlich viele Ärzte in seinen Krankenanstalten und weist überdurchschnittlich viele Ausbildungsplätze auf, sodaß das Krankenhauswesen, aber auch das gesamte Sozialsystem der Stadt Wien als international vorbildlich bezeichnet werden kann.

GR. CVETKOVIC (ÖVP) kritisierte, daß im Gesundheitsressort wohl Umbauten, Installationen und Reparaturen behandelt werden, Neubauten jedoch auf der Tagesordnung anderer Ausschüsse stehen. Darunter leide die Transparenz. Es sei auch nicht einzusehen, warum beim Krankenhaus im SMZ-Ost ein Bettentrakt um 45 Millionen Schilling ohne Ausschreibung vergeben wurde. Welche Leistungen die im Jahre 1982 beauftragte Firma Sutter und Sutter bisher um 5,5 Millionen Schilling erbracht habe, sei ebenfalls unklar. Der Spitalsausschuß solle für alle Auftragsvergaben bei Krankenhausbauten zuständig sein, forderte Cvetkovic.

Bei der Medizinerqualifikation liege Österreich weltweit an 79. Stelle hinter zahlreichen Entwicklungsländern, sagte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Man könne daher nicht behaupten, Österreich sei ein Zentrum des Gesundheitswesens. Sie sprach dann über sieben Hauptsünden im Gesundheitswesen, darunter als erste das Allgemeine Krankenhaus, aus dem seit der Übernahme der Baubetreuung durch die VAMED nur mehr nichtsagende Berichte bekannt würden. Dies sei eine Verschleierungstaktik, mutmaßte Schlick. Eine begleitende Kontrolle habe bis jetzt nicht einsetzen können. Das Krankenhaus im SMZ-Ost präsentiere sich ähnlich wie das Allgemeine Krankenhaus, es werde außerdem zu spät und viel zu teuer, wahrscheinlich auch zu groß gebaut. Ein Angebot, das Spital in der halben Zeit um den halben Preis zu bauen, sei ausgeschlagen worden. Die Kosten im Gesundheitswesen stiegen überproportional. Die Koalitionsregierung habe sich zu einer Reduktion von Akutbetten bekannt, aber was geschehe in Wien? Patienten blieben länger als notwendig im Spital, und es gebe keinen Anreiz zu wirtschaftlichem Verhalten. Ergebnisse der Untersuchung über den Einsatz eines leistungsbezogenen Systems liegen noch nicht vor, aber jedenfalls dürfe nicht einfach die KRAZAF-Vereinbarung verlängert werden. Daß AIDS bei uns noch nicht zu einem besonders großen Problem geworden ist, führte Schlick unter anderem auf einen geringen Ausländeranteil und eine geringe Anzahl von Drogenabhängigen zurück. Hinsichtlich des Krankenhausmülls stellte Dr. Schlick den ANTRAG, in den Wiener städtischen Spitälern, Pflege- und Pensionistenheimen Maßnahmen zur Müllvermeidung, Mülltrennung und Müllentsorgung (getrennt nach Haushalts- und Sondermüll) einzuleiten und einheitliche Richtlinien zu erlassen. Daß so viele arbeitslose Jungmediziner auf einen Turnusplatz warten, bedeute den Verzicht auf ein investiertes Kapital von vier Milliarden Schilling. Das sei ein Symbol einer verschlammten Gesundheits- und Bildungspolitik.

Forts. von Blatt 1347

Forts. auf Blatt 1349

GR. Hertha SLABINA (SPÖ) wies auf die breitgestreuten Erfolge der Stadt Wien in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung hin. So konnten mit einem Ansteigen der Gesundenuntersuchungen um 2.000 Fälle die Aktivitäten im Bereich der Vorsorge wesentlich verstärkt werden. Erfolge gab es unter anderem auch bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten, beim Risikokinderprogramm für gefährdete Neugeborene, bei der Betreuung von Risikoschwangerschaften und generell bei der gesundheitlichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie im Bereich der Schutzimpfungen. Die Kontrolle der Qualität von Luft und Trinkwasser trug ebenso zur Gesundheit der Bevölkerung bei wie die Untersuchungen auf Radioaktivität, die im Gefolge von Tschernobyl besondere Bedeutung erlangten. Generell wurden die Bemühungen im Zivil- und Katastrophenschutz verstärkt. Die Entsorgung von Spitalsmüll wurde in umweltgerechter Weise durchgeführt. Slabina betonte die große Bedeutung der praktischen Ärzte für das Wiener Gesundheitswesen und die damit verbundene Möglichkeit, die Behandlungen der Patienten nach Möglichkeit zu Hause durchzuführen. In gleicher Weise solle der Psychosoziale Dienst dafür sorgen, daß viele Patienten nach Hause oder in Wohngemeinschaften entlassen werden können. Generell wurde gerade auf dem Gebiet der Psychiatrie ein weiterer Schritt zu modernen Behandlungsmethoden getan. Bei der Bekämpfung von AIDS sei auch die humane Behandlung der Erkrankten ein wichtiges Kriterium.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) nahm zu verschiedenen ÖVP-Vorwürfen Stellung. Zur Verkürzung der Warteliste der Jungärzte habe Bürgermeister Dr. Zilk zugesagt, auch an die privaten Spitäler heranzutreten, das bei der Stadt Wien übliche Listensysteme zu übernehmen. Im heurigen Sommer werden in den Spitälern 75 Jungärzte zusätzlich für den Pflegedienst eingesetzt. Obwohl die ÖVP vor einem dreiviertel Jahr diese Praxis gefordert habe, lehne sie sie heute aus unverständlichen Gründen ab. Jungärzte, die auf einen Turnusplatz warten, werden auch im Rahmen der MA 17 und der ADV eingesetzt. Mit der Ärztekammer werden auch künftig Seminare für Jungärzte durchgeführt, damit diese durch die jahrelange Wartezeit nicht den Anschluß an die medizinische Entwicklung verlieren.

Viele Forderungen von Univ.-Prof. Dr. Wagner (ÖVP) lassen erkennen, daß dieser die Kompetenzen von Bund und Land Wien nicht kenne, sagte Stacher. Auch unterschwellig angebrachte Bemerkungen, daß es bei der Postenbesetzung nicht mit rechten Dingen zugehe, seien striktest zurückzuweisen. Die Ernennung eines schlechten Arztes zum Primarius nur aufgrund seines Parteibuches sei nicht nur bei der Stadt Wien, sondern auch bei anderen Spitalserhaltern undenkbar. Das Projekt „Medizin 2000“ finde großen Anklang. Bis jetzt haben sich 950 Ärzte, 200 Schwestern und 160 medizinisch-technische Assistentinnen zur Mitarbeit bereit erklärt, weil sie an der künftigen Entwicklung der Medizin größtes Interesse haben.

Zu Vorwürfen, die von der Opposition aufgrund des Kontrollamtsberichtes vorgebracht werden, sagte Stacher, daß viele Unklarheiten in der Diskussion im Kontrollausschuß aufgeklärt werden konnten. Das Stationen mit 60 bis 80 Betten wirtschaftlich gesehen erstrebenswert sind, muß bejaht werden. Nach dem Krankenanstaltengesetz müssen jedoch Schwerpunktspitäler beispielsweise auch über Kinder- und Hals-Nasen-Ohren-Abteilungen verfügen, die aber mit einer kleineren Bettenanzahl auskommen. Zur Forderung, daß die Ärzte in den Spitälern länger Dienst machen sollten, sagte Stacher, daß die Sekundärärzte eine 40-Stunden-Woche in Form von Blockarbeitszeit leisten. Überstunden seien aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Forts. von Blatt 1348

Forts. auf Blatt 1350

Obwohl in sechs Jahren auch der Operationssaal der Poliklinik verlegt werden wird, sind verschiedene Arbeiten notwendig, die den medizinischen Standard erhöhen. Die sekundäre Rehabilitation sei Aufgabe der Versicherungen, die primäre Rehabilitation werde von den Wiener Spitälern intensiv durchgeführt. Stacher erinnerte daran, daß es im Mautner Markhof'schen Kinderspital die einzigen Kinderrehabilitationseinrichtungen Österreichs gebe. Zur Finanzierung der Spitäler werden neue Modelle mit dem KRAZAF ausgearbeitet.

Die freihändige Vergabe von Aufträgen für das SMZ-Ost erfolgte aus finanziellen Überlegungen, weil es sich um einen Anschlußauftrag gehandelt habe. Dieses Vorgehen wurde jedoch von allen zuständigen Dienststellen eingehend geprüft und als einwandfrei erklärt. Die Aufforderung der ÖVP, die Zahl der Spitalsbetten zu reduzieren, sei verspätet, da dies bereits geschehen sei, erklärte Stacher weiter. In den vergangenen Jahren wurden 740 Akutbetten und 1.500 Betten in Psychiatrischen Anstalten — im Gegensatz zu den Spitälern in den anderen Bundesländern — abgebaut. Volkswirtschaftlich sei diese Maßnahme unerläßlich, die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen seien ja hinlänglich bekannt. Die kürzere Verweildauer der Patienten verteuere die einzelnen Pflagetage und vermehre dadurch die Abgänge eines Spitals.

Zur Abfallentsorgung in den Spitälern sagte Stacher, daß viele Stoffe einer Wiederverwertung zugeführt werden auch die ordnungsgemäße Entsorgung des Sonderabfalles berücksichtigt werde. Die Wiener Spitäler machen mehr als die meisten anderen in Österreich und stellen vor allem das Wohl des Patienten in den Mittelpunkt. Vor allem sei den 22.000 Bediensteten der in diesem Bereich Beschäftigten uneingeschränkter Dank für ihre Leistungen auszusprechen.

### Kultur und Sport

Wien habe gegen die verfehlte Kulturpolitik des Bundes aus falsch verstandener Loyalität in weiten Bereichen nichts zu sagen, kritisierte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Er bedaure dies außerordentlich, zumal Wien und die hier betriebene Kulturpolitik einmal daran gemessen werden würden, wieviel Engagement und budgetäre Mittel für die Bundeshauptstadt und ihre Kultureinrichtungen egal von wem aufgebracht worden seien. Während andere mitteleuropäische Städte mit dem Ankauf von Sammlungen, erweiterten Öffnungszeiten etc. museumspolitische Offensiven setzten, schließen die Wiener Museen Sammlungen und seien kunden- und kunstfeindlich. Wien müsse aktiv werden, schloß Pawkowicz, um den Bund zur Einlösung seiner Verpflichtungen gegenüber der österreichischen Bundeshauptstadt zu bewegen.

Die Verwendung des Wiener Kulturschillings, kritisierte GR. CZERNY (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Habe der Kulturschilling ursprünglich Zwecken der Altstadterhaltung und Sanierung gedient, so habe man im Laufe der Zeit aus diesem Budget immer neue und immer weniger mit der ursprünglichen Materie zusammenhängende Projekte gefördert. Nach einer Einigung über die prozentuale Aufteilung des Kulturschillings, 60 Prozent für die Altstadterhaltung, 40 Prozent für andere kulturelle wichtige Projekte, müsse man nun umgekehrte Vorzeichen bei diesem Verteilerschlüssel feststellen. So seien 1986 75 Millionen der Altstadterhaltung zugeflossen, während rund 80 Millionen für andere Projekte zur Verfügung standen. Unter anderem seien aus diesem finanziellen Topf Projekte wie Studienaufenthalte, Ausfallhaftungen, Subventionen für Betriebskosten finanziert worden. Man möge sich des ursprünglich vereinbarten Verteilungsschlüssels besinnen, forderte Czerny.

Forts. von Blatt 1349

Forts. auf Blatt 1351

GR. STEINBACH (SPÖ) meinte, daß Wien als Seele Europas Kulturaktivitäten in besonderem Maße vorzeigen könne. Diese Stadt ist „in“, betonte Steinbach.

Als Beispiele für das reiche Kulturleben der Stadt führte Steinbach die Wiener Festwochen und die Ausstellung „Traum und Wirklichkeit“ an, die Wien in der Welt einen besonderen Ruf geschaffen haben. Ein besonderer Schwerpunkt der Wiener Festwochen 1986 galt Mozart. Die Besucherzahlen im Messepalast konnten verdoppelt werden. Große Erfolge verzeichneten auch die Freien Gruppen. Das Ballettfestival „Tanz '86“ sowie der Musikalische Sommer waren Musikschwerpunkte des Jahres 1986. Die Literatur im März sowie die laufenden Veranstaltungen im Zentrum in der Alten Schmiede waren Zeichen des reichen Literaturangebotes der Stadt. Wiens Museen sind europäische Spitze, und sie verzeichneten fast 430.000 Besucher im Vorjahr. Reiches Leben ließen die Großbühnen und die Kleingruppen erkennen. Im Bereich des Theaters wurden umfassende bauliche Verbesserungen wie die Generalrenovierung des Volkstheaters und des Raimundtheaters, sowie personelle Veränderungen durchgeführt. Mit der Renovierung der Secession, der Werkbundsiedlung und vieler Kirchen und denkmalgeschützter Gebäude wurde ein wertvoller Beitrag zur Altstadterhaltung geleistet. „Wer den Stellenwert der Kultur in unserer Gesellschaft betrachtet, der muß die Förderung regionaler Kulturinitiativen als Ergänzung zur Hochkultur anerkennen“, betonte Steinbach. Die Menschen zu mehr Aktivität zu ermutigen und somit zu sinnvoller Freizeitgestaltung anzuregen, sei ein Ziel der Kulturpolitik.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) setzte sich in seinem Debattenbeitrag mit den Wiener Festwochen auseinander. Ihm gehe es nicht darum, einzelne Projekte zu kritisieren, sondern die Gestion in Frage zu stellen. Die Festwochen haben ein Defizit von 10 Millionen Schilling im Jahre 1986 erwirtschaftet, ohne daß es dafür eine ausreichende Deckung durch die Organe des Vereines Wiener Festwochen gebe. Man müsse sich auch fragen, ob das Motto der Wiener Festwochen „Kultur für alle“ tatsächlich haltbar sei. Während für die Festwocheneröffnung auf dem Rathausplatz allein mehr als sechs Millionen Schilling ausgegeben worden seien, belaufe sich die gesamte Literaturförderung der Stadt Wien auf ganze zwei Millionen. Zwei Drittel des gesamten Kulturbudgets fließen in Großveranstaltungen und zu Institutionen. Es sei auch zu überdenken, ob alle Kulturveranstaltungen im Rahmen der Festwochen auch aus dem Kulturbudget zu bedecken seien oder nicht eigentlich auf Kosten der Fremdenverkehrsförderung gehen sollten. Kauer regte an, die Festwochen zu einer Leistungsschau für das Beste aus dem künstlerischen Bereich zu machen und sie vor allem jenen zur Verfügung zu stellen, denen der weitere Raum Mitteleuropas nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehe, wie die Prager, die Belgrader oder die Krakauer Szene.

GR. WIMMER (SPÖ) betonte die Bedeutung des Sports für das moderne Leben. Die Stadt Wien werde dieser Bedeutung mit der Sportförderung voll gerecht. Wimmer nannte die Errichtung und Zurverfügungstellung von Sportanlagen und die finanzielle Unterstützung der Vereine als wichtige Aufgaben der Sportförderung. Der Bedeutung der Sportstadt Wien entsprächen Ereignisse wie die Wiedereröffnung des Stadions mit Vollüberdachung und besten Sicherheitsmaßnahmen sowie der Parallelsalom Anfang 1986, der jährliche Frühlings-Marathon, die Eishockey-WM 1987 und die bevorstehenden Bahnwettbewerbe der Rad-WM im Dusika-Stadion. Eine besondere Aufgabe sei es, junge Menschen zum Sport zu animieren. Die Stadt Wien biete diesbezüglich eine breite Palette von Aktivitäten an, die der Jugend auch außerhalb der Schule die sportliche Betätigung ermögliche. Alles in allem sei die Sportstadt Wien vorbildlich in den verschiedensten Bereichen. Der Dank dafür gebühre auch den Beamten der MA 51 und den Funktionären in den Vereinen.

Forts. von Blatt 1350

Forts. auf Blatt 1352

Aus dem Kulturschilling werden zu 60 Prozent Aufgaben der Altstadterhaltung bestritten, führte StR. MRKVICKA (SPÖ) aus. Die Beträge können oftmals nicht in einem Jahr zur Auszahlung gelangen, weil sich Altstadterhaltungsprojekte oft über Jahre hinziehen. So haben beispielsweise allein die Vorarbeiten für die Renovierung des Hauses Getreidemarkt 1 vier Jahre gedauert (Verhandlungen mit Hausverwaltung, Eigentümern, Einreichungen, Prüfung der Kostenvoranschläge, usw.). Beträge, die in einem Jahr nicht zur Auszahlung gelangen, stehen im nächsten Jahr zur Verfügung. Aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden bisher 2419 Projekte gefördert. Für den Stephansdom werden heuer noch sechs Millionen Schilling flüssig gemacht, in den nächsten zwei Jahren insgesamt weitere 12 Millionen.

Es sei erfreulich, daß die Sportstadt Wien mit der Durchführung von Großveranstaltungen in zunehmendem Maß Anerkennung und internationale Reputation findet.

Die Wiener Kulturszene erfreue sich steigender Beliebtheit und Anerkennung. Die Kritik an den Subventionen und Defiziten sei daher nur schwer verständlich, weil das eingesetzte Geld auch dazu beitrage, das internationale Ansehen der Stadt zu fördern und nicht zuletzt dem Fremdenverkehr nutze.

Zur Kritik, daß zwei Drittel des Kulturbudgets an große Institutionen vergeben werden, sagte Mrkvicka, daß beispielsweise an den Theatern kontinuierlich eine große Anzahl von Menschen beschäftigt seien. Die Festwochen können auch nur indirekt als einzige große Veranstaltung gesehen werden, weil in deren Rahmen auch viele kleinere Gruppen Engagements bekommen. Die Produktion des Musicals „Cats“ am Theater an der Wien sei so erfolgreich, daß bereits jetzt 4,32 Schilling pro Karte eingespielt werden. Das Theater an der Wien habe jedoch auch die Aufgaben, für rund 50 Vorstellungen des Theaters der Jugend und als Veranstaltungsort der Festwochen zur Verfügung zu stehen sowie alle zwei Jahre das Tanzfestival durchzuführen, schloß Mrkvicka.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 21.15 Uhr. Sie wird Mittwoch nach der Sitzung des Landtages mit der Rechnungsabschlußdebatte über das Kapitel Umwelt und Bürgerdienst fortgesetzt. (Schluß)

Forts. von Blatt 1351

## **Wien-Tourismus im Mai deutlich stärker**

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Im Wiener Fremdenverkehr wurden, wie Vizebürgermeister Hans MAYR erklärte, im Mai um neun Prozent mehr Übernachtungen registriert als im Mai 1986. Mit diesem Resultat wurde auch das Mai-Ergebnis im „Rekordjahr“ 1985 noch übertroffen.

Von den insgesamt 561.000 Gästeübernachtungen entfielen mit 317.000 mehr als die Hälfte auf die Luxus- und Erstklass-Hotellerie, die mit 15 Prozent auch den stärksten Zuwachs verbuchen konnte.

In der Nationenwertung legten im Mai die Spitzenreiter Deutschland (plus acht Prozent), Österreich (plus 20 Prozent) und USA (plus 43 Prozent) deutlich zu, bei den anderen Ländern ergaben sich Schwankungen nach oben und unten. Die Übernachtungen aus Portugal stiegen — Kuriosum am Rande — um 1.191 Prozent.

Seit Jahresbeginn ist der Wien-Tourismus um drei Prozent gewachsen, seit Beginn des Fremdenverkehrsjahres (1.11.1986) um vier Prozent. (Schluß) wfv/rr